

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نپاشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپایی

Ausgabe vom 04.01.2018

Von Reinhard Lauterbach

08.01.2018

Verlängerte Werkbänke

Tschechien und der Slowakei geht es nicht schlecht. Beschäftigte wollen ihren Anteil haben



Das SKODA-Werk Kvasiny: Einer von drei Fertigungsstandorten in Tschechien.

Foto: Skoda Auto Deutschland GmbH

Foto: Skoda Auto Deutschland GmbH/obs

Tschechien und die Slowakei verfügen heute über relativ ähnliche Wirtschaftsstrukturen. Beide Länder haben sich seit dem Ende des Sozialismus zu »verlängerten Werkbänken« internationaler Konzerne entwickelt. Eine liberale Investitionsgesetzgebung lockte vor

allem westeuropäische Autokonzerne und deren Zulieferer in die beiden Länder. Klassisch ist der Fall der tschechischen Volkswagen-Tochter Skoda, die mit 20.000 Beschäftigten bei weitem größter industrieller Arbeitgeber des Landes ist. Eine weitere Großinvestition des Wolfsburger Konzerns liegt bei Bratislava in der Slowakei. Dort fertigen etwa 12.000 Beschäftigte einerseits Kleinwagen, andererseits fette SUVs der Marke Audi. Auch Peugeot, Hyundai, Kia und neuerdings Jaguar haben im Umkreis der slowakischen Hauptstadt investiert. Wirtschaftsmedien unken, die absehbare Konkurrenz um Facharbeiter werde die Löhne hochtreiben.

Einen ersten Vorgeschmack auf die kommenden Arbeitskämpfe bot im letzten Sommer ein einwöchiger Streik im slowakischen VW-Werk. Die Gewerkschaften hatten Lohnerhöhungen um 16 Prozent gefordert. Zentrales Argument waren die permanenten Produktivitätssteigerungen, zu denen das Unternehmen seine Arbeiter zwingt. »Wir tun das Maximum, ihr gebt das Minimum«, lautete damals eine Parole. Und die Streikenden bekamen öffentliche Rückendeckung. Premierminister Robert Fico nannte es unangemessen, für Spitzenleistungen slowakischer Arbeiter Billiglöhne zu zahlen. Die Mischung aus politischem Druck und ökonomischen Faktoren zahlte sich für die Beschäftigten aus. VW erhöhte die Löhne um 14 Prozent und legte noch eine Einmalzahlung drauf. Mit durchschnittlich 1.800 Euro verdienen die slowakischen VW-Arbeiter damit zwar doppelt soviel wie im Landesdurchschnitt, aber immer noch weniger als die Hälfte ihrer deutschen Kollegen. Ihr erfolgreicher Streik hat inzwischen die Messlatte auch für die Gewerkschaften im polnischen VW-Werk in Poznan hochgelegt. Nach Protesten gestand die Betriebsleitung dort im Dezember ein Paket von Lohn- und Prämienerrhöhungen zu.

Das zeigt, dass die Phase, in der Osteuropa für westeuropäische Investoren vor allem ein Billiglohnstandort war, langsam dem Ende zugeht. Tschechien liegt bei der Wirtschaftsleistung inzwischen bei 77 Prozent des EU-Durchschnitts und damit vor den »Altmitgliedern« Griechenland und Portugal. Auch Polen hat in dieser Hinsicht die beiden südeuropäischen Länder überholt. Die Slowakei ist auf dem besten Weg dahin. Gleichwohl ist die Haltung zur EU in Tschechien und der Slowakei sehr unterschiedlich. In Tschechien dominiert Skepsis, in der Slowakei, die seit 2008 der Euro-Zone angehört, dagegen Zustimmung. Das mag damit zusammenhängen, dass die beiden Länder aus unterschiedlichen Positionen ihre »Integration« in den europäischen Kapitalismus begannen: Tschechien als entwickeltes Industrieland, in dem auch viele Betriebe der »schöpferischen Zerstörung« anheimgefallen sind. Die Slowakei war hingegen mit wenig

mehr als einigen im Sozialismus errichteten Rüstungsbetrieben und einem Stahlwerk in Kosice, das auf ukrainische Rohstoffe angewiesen ist, in den Kapitalismus gestartet. Kein Wunder, dass die nachholende Entwicklung hier als Erfolgsstory erscheint.